
Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Autorenverzeichnis	7
Inhaltsübersicht	9
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	39
Teil 1 Aufenthaltsrecht	53
§ 1 Erteilung des Aufenthaltsrechts	53
A. Visumverfahren	53
I. Beantragung eines Visums/Vorabzustimmung gemäß § 31 Abs. 3 AufenthV	53
1. Sachverhalt/Lebenslage	53
2. Prüfungsreihenfolge für Vorabzustimmung zum Visumsantrag	53
a) Gültigkeit des Reiseausweises	54
b) Sicherung des Lebensunterhalts (§§ 5 Abs. 1 Nr. 1 iVm 2 Abs. 3 AufenthG)	54
c) Belegbarkeit der Angaben für den beantragten Aufenthaltswitz	55
(§ 82 AufenthG)	55
d) Nichtvorliegen von Ausweisungsgründen (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	55
e) Nichtbestehen eines Einreiseverbotes gemäß § 11 Abs. 1 AufenthG	55
f) Nichtvorliegen sonstiger Gründe, dass der Ausländer Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG)	56
3. Muster: Antrag auf Vorabzustimmung bei der zuständigen Ausländerbehörde	56
4. Erläuterungen	57
a) Verfahren der Vorabzustimmung	57
b) Beteiligung der Agentur für Arbeit	58
5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	58
a) Eigene Prüfungskompetenz der Auslandsvertretung	58
b) Haftung bei Anspruch auf Aufenthaltstitel	58
c) Vorabzustimmung als Ausnahmefall	59
6. Weiterführende Hinweise	59
a) Allgemeine Hinweise zum Visumsrecht	59
b) Arten von Visa	60
c) Persönliche Antragstellung in der zuständigen Auslandsvertretung	61
d) Unterschied zwischen Aufenthaltswitz und Erteilungsvoraussetzungen	61
II. Ablehnung des beantragten Visums, Verwaltungsprozess	62
1. Sachverhalt/Lebenslage	62
2. Prüfungsreihenfolge	62
a) Ausreichende Informationen	62
b) Kontakt zum Mandanten	62
c) Remonstrationsverfahren	63
Muster: Remonstrationsschreiben	63
d) Sicherung des Lebensunterhaltes – Ausnahmen	64
e) Ausreichender Wohnraum	64
f) Legalisation	65
3. Muster: Klageantrag auf Erteilung des Sichtvermerkes	65
4. Erläuterungen	67
a) Klageverfahren	67

b) Beiladung	67
c) Echtheit ausländischer öffentlicher Urkunden	67
d) Auswirkungen der Richtlinie 2003/86/EG	67
5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	68
a) Klageart	68
b) Klagefrist	68
B. Ausnahmen vom Visumverfahren	68
1. Sachverhalt/Lebenslage	68
2. Prüfungsreihenfolge	69
a) Erfüllung der Voraussetzungen des § 16 AufenthG	69
b) Verlängerung des Aufenthaltstitels ohne Ausreise	69
c) Sicherung des Lebensunterhalts	69
d) Ausreichende Deutschkenntnisse	70
3. Muster: Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis mit Zweckwechsel	70
4. Erläuterungen	71
a) Wechsel der örtlichen Zuständigkeit	71
b) Wechsel des Aufenthaltszwecks	71
5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	71
6. Weitergehende Hinweise	71
a) Beantragung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln im Bundesgebiet .	71
b) Auswirkungen des rechtmäßigen Voraufenthaltes nach § 8 Abs. 3 S. 3 AufenthG	72
C. Statusumwandlung	73
I. Umwandlung eines illegalen Status in einen legalen Status nach §§ 27 ff AufenthG	73
1. Sachverhalt	73
2. Prüfungsreihenfolge	73
a) Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel nach §§ 27 ff AufenthG	73
b) Zeitpunkt der Schutzwirkung aus Art. 6 Abs. 1 GG (Schutz von Ehe und Familie, Schutz der Eheschließungsfreiheit) und Art. 8 Abs. 1 EMRK (Schutz des Privat- und Familienlebens)	74
c) Lebensunterhalt und Wohnraum	74
d) Antrag aus dem Inland	74
3. Muster	75
a) Muster: Antrag auf Duldungsverlängerung	75
b) Muster: Antrag auf Aufenthaltstitel nach § 30 AufenthG	76
4. Erläuterungen	76
a) Duldungsverlängerung und Aufenthaltserlaubnis	76
b) Prüfung vor Zustimmung	77
c) Sicherheitsanfragen	77
5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	77
a) Verlust der Privilegierung nach § 29 Abs. 2 Satz 2 AufenthG	77
b) Ablauf der Duldung – sofortiges Handeln notwendig	78
c) Haftung bei schuldhaftem Handeln	78
6. Weiterführende Hinweise	78
a) Unterschiedliche Anforderungen aufgrund geltender EU-Richtlinien	78
b) Auswirkungen von § 10 Abs. 3 AufenthG	78
II. Umwandlung eines illegalen Status in einen legalen Status nach § 25 Abs. 4 und 5 AufenthG	79
1. Sachverhalt	79
2. Prüfungsreihenfolge	80
a) Anspruchsgrundlage § 25 Abs. 5 AufenthG	80
b) Passpflicht	80

c) Wirkung der Ausweisungsverfügung	81
d) Wirkung der Ablehnung des Asylantrages als „offensichtlich unbegründet“	82
3. Muster: Antrag nach § 25 Abs. 5 AufenthG und § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthV	83
4. Erläuterungen	84
a) Anspruchsgrundlage § 25 Abs. 5 AufenthG	84
aa) Unmöglichkeit der Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen – insbesondere „Verwurzelung“	84
bb) Kein Verschulden	85
b) Antrag auf Ausstellung eines Reiseausweises für Ausländer	85
5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	85
6. Weitergehende Hinweise	86
a) Beendigung von Kettenduldungen?	86
b) Abgrenzung zu anderen Anspruchsgrundlagen	86
aa) § 25 Abs. 3 AufenthG	86
bb) § 25 Abs. 4 S. 1 AufenthG	86
cc) § 25 Abs. 4 S. 2 AufenthG als eigenständige Anspruchsgrundlage für eine Verlängerung	87
c) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG	87
§ 2 Verlängerung und Verfestigung eines Aufenthaltstitels	88
A. Verlängerung	88
I. Versäumung des fristgerechten Verlängerungsantrags/Vorläufiger Rechtsschutz	88
1. Sachverhalt/Lebenslage	88
2. Prüfungsreihenfolge	89
a) Anspruch auf Aufenthaltstitel	89
b) Verspätete Antragstellung	89
c) Rechtsschutz	90
3. Muster	90
a) Muster: Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis (verspätet)	90
b) Muster: Klage und Eilrechtsschutzantrag bei verspäteter Antragstellung	91
4. Erläuterungen	93
a) Hilfsantrag im Eilrechtsschutzantragsverfahren	93
b) Antrag auf Stillhalteusage	93
c) Untätigkeitsklage	93
5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	93
a) Fehlender Eilrechtsschutzantrag	93
b) Unmittelbare Antragstellung	94
6. Weiterführende Hinweise	94
a) Rechtmäßigkeit des bisherigen Aufenthaltes	94
b) Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 AufenthG	95
c) Verlängerung des Aufenthaltstitels	95
d) Verlängerungsantrag im laufenden Klageverfahren	95
II. Prüfung der Ersterteilungsvoraussetzungen bei Verlängerung	96
1. Sachverhalt/Lebenslage	96
2. Prüfungsreihenfolge	96
a) Unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AuslG (1990)	96
b) Befristung der Aufenthaltserlaubnis für F. auf ein Jahr	96
c) Aufenthaltserlaubnis der Kinder	97
d) Erteilungsvoraussetzungen bei Verlängerung	97
3. Muster: Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	98

4. Erläuterungen	99
a) Aufenthaltserlaubnis der Kinder	99
b) Nachreichen der Unterlagen	99
5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	99
a) Ablauf der Gültigkeit	99
b) Übergangsregelung des § 104 Abs. 6 AufenthG	100
6. Weiterführende Hinweise	100
a) Ausnahmen von § 8 Abs. 1 AufenthG	100
b) Auswirkungen von § 4 Abs. 3 StAG	100
B. Verfestigung/Niederlassungserlaubnis	101
I. Sprachkompetenz und Altfälle	101
1. Sachverhalt/Lebenslage	101
2. Prüfungsreihenfolge	101
a) Anspruch auf Niederlassungserlaubnis	101
aa) Ausreichende Sprachkenntnisse	102
bb) Ausnahme: Ersterteilung vor dem 1.1.2005	102
cc) Integrationskurs, § 9 Abs. 2 S. 2 AufenthG	102
ee) Ausnahme nach § 9 Abs. 2 S. 5 AufenthG	103
ff) Vermeidung einer Härte (§ 9 Abs. 2 S. 4 AufenthG)	103
b) Anspruch auf Aufenthaltserlaubnis	103
3. Muster: Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis	104
4. Erläuterungen	104
a) Lebensunterhalt gesichert?	104
b) Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis?	105
5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	105
6. Weitergehende Hinweise	105
a) Sonstige Privilegierungen bzgl. der Sprachkompetenz	105
aa) Ausnahme wegen Krankheit oder Behinderung	
(§ 9 Abs. 2 S. 3 AufenthG)	106
bb) Ehegatten deutscher Staatsangehöriger	106
cc) Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis nach	
§ 25 Abs. 1 und Abs. 2 AufenthG	106
dd) Selbständig Tätige	106
b) Auswirkungen des Beschlusses Nr. 1/80 des Assoziationsrates	
EWG-Türkei (ARB 1/80)	107
II. Altersvorsorge/Ausnahmen	107
1. Sachverhalt/Lebenslage	107
2. Prüfungsreihenfolge	107
a) Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis?	107
aa) Anspruch nach § 9 Abs. 2 AufenthG	107
bb) Ausnahme nach § 35 Abs. 1 AufenthG	107
cc) Ausnahme nach § 9 Abs. 3 S. 2 AufenthG	108
dd) Ausnahme auch des § 104 Abs. 2 S. 2 AufenthG	108
ee) Lebensunterhaltssicherung	108
ff) Wegfall der Unterbringungskosten	109
b) Vollmacht von S.	109
c) Sonstige Voraussetzungen	109
3. Muster: Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für	
minderjährige Ausländer	109
4. Erläuterungen	110
a) Wohnraumnachweis	110
b) Lebensunterhaltssicherung	110
c) Dauer des Verfahrens	110

5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	111
a) Ausnahmeregelungen	111
b) Bevollmächtigung durch S.	111
6. Weiterführende Hinweise	111
III. Unterbrechung des rechtmäßigen Aufenthaltes	111
1. Sachverhalt/Lebenslage	111
2. Prüfungsreihenfolge	112
a) Aufenthaltstitel erloschen?	112
b) Besonderer Schutz wegen langjährigem Aufenthalt?	113
c) Antrag gemäß § 51 Abs. 2 S. 3 AufenthG	113
3. Muster: Antrag auf Bescheinigung über den Fortbestand der Niederlassungserlaubnis gemäß § 51 Abs. 2 S. 3 AufenthG	113
4. Erläuterungen	114
a) Zuständige Ausländerbehörde	114
b) Ermessensausübung	114
c) Lebensunterhaltsicherung	114
5. Fehlerquellen/Haftungsfallen	115
a) Richtiger Antrag/hilfsweise Antragstellung	115
b) Rechtscharakter des Ungültigkeitsvermerks (Stempel)	115
c) Frist	115
6. Weiterführende Hinweise	115
a) Sonstige Anspruchsgrundlagen	115
b) Antrag auf Feststellung des Nichterlöschens	116
c) Auswirkungen der 2003/109/EG (Richtlinie langfristig Aufenthaltsberechtigte)	116
§ 3 Nachzug	117
A. Ehegattennachzug (§§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 30 AufenthG)	117
I. Eheschließungsfreiheit/Verlöbnis	117
1. Sachverhalt/Lebenslage	117
2. Prüfungsreihenfolge	117
a) Prüfung der erforderlichen Rechtsmittel	117
aa) Eilantrag gem. § 123 VwGO	117
bb) Rechtsmittel gegen Ablehnung der Erteilung einer Duldung	118
cc) Örtlich zuständiges Verwaltungsgericht	118
dd) Formelle Erfordernisse des Eilantrages	118
b) Materiellrechtliche Erwägungen	118
c) Erforderliche Unterlagen zur Glaubhaftmachung	119
3. Muster: Eilantrag gegen Versagung der Duldung bei bevorstehender Eheschließung	120
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	121
5. Weiterführende Hinweise	121
a) Eheschließung von Ausländern in Deutschland	121
b) Aufenthaltserlaubnis nach Eheschließung	122
II. Zweckprüfung/Grenzen der Ermittlungen	123
1. Sachverhalt/Lebenslage	123
2. Prüfungsreihenfolge	123
a) Prüfung der erforderlichen Rechtsmittel	123
b) Materiellrechtliche Überlegungen	124
c) Taktisches Vorgehen	125

3.	Muster: Klage wegen Ablehnung des Visumantrages zum Ehegattennachzug bei Verdacht der Scheinehe	125
a)	Muster: Verpflichtungsklage wegen Ablehnung des Visumantrages zum Ehegattennachzug bei Verdacht der Scheinehe	125
b)	Muster: Begründung nach erfolgter Akteneinsicht	126
4.	Fehlerquellen/Haftungsfallen	127
5.	Weiterführende Hinweise	127
a)	Verschärfung der Nachzugsvoraussetzungen	127
b)	Überprüfung des Willens zur Herstellung einer ehelichen Lebensgemeinschaft	128
c)	Gültigkeitsdauer der Aufenthaltserlaubnis und Verfestigung	128
III.	Nachzugsvoraussetzungen (§ 5 Abs. 1, § 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	129
1.	Sachverhalt	129
2.	Prüfungsreihenfolge	129
a)	Prüfung der erforderlichen Rechtsmittel	129
b)	Materiellrechtliche Überlegungen	129
3.	Muster: Klage wegen Ablehnung des Visumantrages zum Familiennachzug wegen fehlender Sicherung des Lebensunterhalts	131
a)	Muster: Klage wegen Ablehnung des Visumantrages zum Familiennachzug wegen fehlender Sicherung des Lebensunterhalts	131
b)	Muster: Begründung nach erfolgter Akteneinsicht	131
4.	Fehlerquellen/Haftungsfallen	132
5.	Weiterführende Hinweise	133
a)	Befristeter Arbeitsvertrag	133
b)	Wohngeld	133
c)	Familiennachzug zu Flüchtlingen	133
d)	Berechtigung zur Erwerbstätigkeit	133
e)	Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	134
f)	Verfestigung des Aufenthalts	134
IV.	„Scheinehe“/Rücknahme/Ausweisung/vorläufiger Rechtsschutz	134
1.	Sachverhalt	134
2.	Prüfungsreihenfolge	134
a)	Prüfung der Rechtsmittel	134
b)	Materiellrechtliche Überlegungen	135
c)	Weitere praktische Überlegungen	136
3.	Muster: Anfechtungsklage und Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Rücknahme der Niederlassungserlaubnis und Ausweisung wegen „Scheinehe“	136
4.	Fehlerquellen/Haftungsfallen	138
5.	Weiterführende Hinweise	139
a)	Situation während des laufenden Eilrechtsschutzverfahrens	139
b)	Vorliegen einer schützenswerten ehelichen Lebensgemeinschaft	139
V.	Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft/nachträgliche Befristung nach § 7 Abs. 2 S. 2 AufenthG/vorläufiger Rechtsschutz	140
1.	Sachverhalt	140
2.	Prüfungsreihenfolge	141
a)	Prüfung des erforderlichen Rechtsmittels	141
b)	Materiellrechtliche Überlegungen	141
3.	Muster: Widerspruch gegen Befristung der Aufenthaltserlaubnis und Antrag gem. § 80 Abs. 5 VwGO	142
a)	Muster: Widerspruch gegen Befristung der Aufenthaltserlaubnis	142
b)	Muster: Eilrechtsschutzantrag bzgl. Widerspruch gegen Befristung der Aufenthaltserlaubnis nach der Trennung vom Ehepartner	142
4.	Fehlerquellen/Haftungsfallen	144

5. Weiterführende Hinweise	145
a) Zweijährige Ehezeit iSv § 31 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG	145
b) Tod des Ausländers	145
c) Besondere Härte iSv § 31 Abs. 2 AufenthG	145
d) Ausschluss der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	146
e) Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gem. § 31 AufenthG	147
f) Aufenthaltserlaubnis gem. § 4 Abs. 5 AufenthG iVm Art. 6 ARB 1/80 ..	147
B. Kindernachzug	147
I. Probleme im Zusammenhang mit der Altersbegrenzung	147
1. Sachverhalt	147
2. Prüfungsreihenfolge	148
a) Prüfung des erforderlichen Rechtsmittels	148
b) Materiellrechtlichen Überlegungen	148
3. Muster: Verpflichtungsklage und Eilantrag gegen Ablehnung der Erteilung/Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zum Kindernachzug	148
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	149
5. Weiterführende Hinweise	150
a) Anspruch nach § 32 Abs. 1 und 3 AufenthG	150
b) Kindernachzug nach Vollendung des 16. Lebensjahres	150
c) Ausnahme bei besonderer Härte, § 32 Abs. 4 AufenthG	151
d) Im Bundesgebiet geborenes Kind eines Ausländers	151
II. Verfestigung, Auflösung der familiären Lebensgemeinschaft vor Erreichen der Volljährigkeit/Auszug vor Erreichen der Volljährigkeit	151
1. Sachverhalt	151
2. Prüfungsreihenfolge	152
a) Prüfung des erforderlichen Rechtsmittels	152
b) Materiellrechtliche Überlegungen	152
3. Muster: Verpflichtungswiderspruch und Eilantrag	153
a) Muster: Widerspruch gegen Versagung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gem. § 34 Abs. 1 AufenthG	153
b) Muster: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO wegen Versagung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gem. § 34 Abs. 1 AufenthG	153
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	154
5. Weitere Hinweise	155
a) Auswirkungen eines verspäteten Verlängerungsantrages	155
b) Niederlassungserlaubnis gem. § 35 AufenthG	155
c) Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Volljährige	156
III. Wegnahme des Passes der Tochter durch den Vater während desurlaubes im Herkunftsland	156
1. Sachverhalt	156
2. Prüfungsreihenfolge	157
a) Prüfung des erforderlichen Rechtsmittels	157
b) Materiellrechtliche Überlegungen	157
3. Muster: Klage bezüglich Fortbestandes der Niederlassungserlaubnis/Eilantrag gem. § 123 VwGO	158
a) Muster: Feststellungsklage bezüglich des Fortbestandes der Niederlassungserlaubnis/Anfechtungsklage bezüglich Abschiebungsandrohung	158
b) Muster: Antrag gem. § 123 VwGO bezüglich Feststellung des Fortbestehens der Niederlassungserlaubnis	160
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	161
5. Weiterführende Hinweise	161
a) Fristverlängerung vor der Ausreise	161

b) Fristverlängerungsantrag vom Ausland aus	162
c) Passverlust im Ausland	162
d) Erlöschen trotz wiederholter Kurzaufenthalte vor Ablauf von sechs Monaten	163
e) Kein Erlöschen in den Fällen des § 51 Abs. 2 AufenthG	163
C. Aufenthaltserlaubnis des nichtehelichen Elternteils eines Kindes	163
I. Unterscheidung zwischen § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 und § 28 Abs. 1 S. 2 AufenthG	163
1. Sachverhalt	163
2. Prüfungsreihenfolge	164
a) Prüfung des erforderlichen Rechtsmittels	164
b) Materiellrechtliche Überlegungen	164
3. Muster: Klage und Eilantrag gegen Ablehnung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis des nichtsorgeberechtigten Vaters eines deutschen Kindes	165
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	167
5. Weitere Hinweise	167
a) Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Personensorge für ein deutsches Kind	167
b) Duldung des werdenden Vaters vor der Geburt	168
c) Nichtsorgeberechtigtes Elternteil – Durchsetzung des Umgangsrechts	168
II. Entsprechung für Elternteil eines nichtdeutschen Kindes, dessen anderer Elternteil über ein verfestigtes Aufenthaltsrecht verfügt (Art. 6 Abs. 1 und 2 GG, § 60a Abs. AufenthG)	169
1. Sachverhalt	169
2. Prüfungsreihenfolge	169
3. Muster: Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gem. § 25 Abs. 5 iVm § 60a Abs. 2 AufenthG und Art. 6 Abs. 1 und 2 GG und Eilantrag gem. § 123 VwGO	170
a) Muster: Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gem. § 25 Abs. 5 AufenthG	170
b) Muster: Eilantrag gem. § 123 VwGO wegen Versagung der Duldung für nicht sorgeberechtigtes Elternteil eines ausländischen Kindes	171
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	172
5. Weitere Hinweise	172
a) Verzicht auf Visumverfahren	172
b) Aufenthaltserlaubnis gem. § 25 Abs. 5 AufenthG trotz vorangegangener Ausweisung	173
c) Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	173
III. Duldungsanspruch der Mutter eines deutschen Kindes nach § 4 Abs. 1 S. 2 StAG	173
1. Sachverhalt	173
2. Prüfungsreihenfolge	174
a) Prüfung des erforderlichen Rechtsmittels	174
b) Rechtliche Erwägungen	174
3. Muster: Antrag gem. § 123 VwGO für Mutter eines deutschen Kindes, das die deutsche Staatsangehörigkeit gem. § 4 Abs. 1 S. 2 StAG erworben hat ..	174
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	176
5. Weiterführende Hinweise	177
a) Wirksamkeit der Vaterschaftsanerkennung	177
b) Vaterschaftsanfechtung	177
b) Probleme bei der Ausstellung der Geburtsurkunde	177
c) Strafrechtliche Relevanz der Vaterschaftsanerkennung ohne biologische Vaterschaft	178

§ 4 Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit 179

A. Einreise zur Erwerbstätigkeit (§ 18 – § 21 AufenthG) 179

 I. Aufenthaltstitel nach § 18 AufenthG iVm § 27 Beschäftigungsverordnung (BeschV) 179

 1. Sachverhalt/Lebenslage 179

 2. Prüfungsreihenfolge 179

 a) Rechtsgrundlagen 179

 b) Verfahren 179

 c) Nachweise/Unterlagen 180

 3. Muster 180

 a) Muster: Antrag auf Vorabzustimmung zur Erteilung eines Visums nach § 18 AufenthG 180

 b) Muster: Antrag auf ein Visum zum Zweck der Erwerbstätigkeit 181

 c) Muster: Verpflichtungsklage wegen Erteilung eines Visums zur Erwerbstätigkeit 182

 4. Fehlerquellen 183

 5. Weiterführende Hinweise 183

 a) Allgemeines 183

 b) Zum Muster Verpflichtungsklage wegen Erteilung eines Visums zur Erwerbstätigkeit (Rn 15) 184

 II. Aufenthaltstitel zur selbständigen Erwerbstätigkeit gem. § 21 AufenthG 184

 1. Sachverhalt/Lebenslage 184

 2. Prüfungsreihenfolge 185

 a) Rechtsgrundlagen 185

 b) Anspruchsprüfung 185

 c) Nachweise/Unterlagen 185

 d) Verfahren 185

 3. Muster 186

 a) Muster: Antrag auf Vorabzustimmung zur Erteilung eines Visums nach § 21 AufenthG 186

 b) Muster: Antrag auf ein Visum zum Zweck der selbständigen Erwerbstätigkeit 187

 4. Fehlerquellen 188

 5. Weiterführende Hinweise 188

B. Beschäftigungserlaubnis nach § 4 Abs. 2 S. 3 AufenthG 189

 I. Zugang zum Arbeitsmarkt für Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis zu sonstigen Zwecken 189

 1. Sachverhalt/Lebenslage 189

 2. Checkliste 189

 a) Rechtsgrundlagen 189

 b) Verfahren 190

 c) Vorläufiger Rechtsschutz 190

 aa) Vorwegnahme der Hauptsache 191

 bb) Anordnungsgrund 191

 cc) Ermessen 192

 3. Muster 192

 a) Muster: Antrag auf Beschäftigungserlaubnis bei der Ausländerbehörde 192

 b) Muster: Widerspruch gegen Versagung der Beschäftigungserlaubnis 193

 c) Muster: Verpflichtungsklage auf Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis 194

 d) Muster: Vorläufiger Rechtsschutz bei Versagung einer Beschäftigungserlaubnis nach § 4 Abs. 2 S. 3 AufenthG 195

 4. Fehlerquellen 197

II. Beschäftigungserlaubnis für einen geduldeten Ausländer	197
1. Sachverhalt/Lebenslage	197
2. Checkliste	198
a) Rechtsgrundlagen	198
b) Rechtscharakter der ausländerrechtlichen Regelung	198
aa) Hinweis auf Rechtslage	198
bb) Objektiver Erklärungswert	198
cc) Regelung des Einzelfalles	199
dd) Belastender Verwaltungsakt	199
c) Rechtsmittel	199
d) Eilbedürftigkeit	199
e) Vorläufiger Rechtsschutz	200
f) Probleme der einstweiligen Anordnung	200
3. Muster	200
a) Muster: Widerspruch gegen Versagung der Beschäftigungserlaubnis auf Grund von § 11 BeschVerfV	200
b) Muster: Verpflichtungsklage auf Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis nach § 10 BeschVerfV	201
c) Muster: Vorläufiger Rechtsschutz bei Versagung einer Beschäftigungserlaubnis auf Grund von § 11 BeschVerfV	202
4. Fehlerquellen	204
5. Weiterführende Hinweise	204
a) Zum Wartezeiterfordernis	204
b) Versagungstatbestände des § 11 BeschVerfV	205
c) Ermessen nach § 10 BeschVerfV	205
§ 5 Ausweisung/Verlust EU-Freizügigkeitsrecht	206
A. Ausweisung nach §§ 53 bis 56 AufenthG	206
I. Sachverhalt/Lebenslage	206
II. Prüfungsreihenfolge	208
1. Erstes Beratungsgespräch	208
2. Zustellungsdatum	209
3. Rechtsmittelfristen	209
4. Wiedereinsetzungsfrist	210
5. Gründe für Rechtsmittelfristversäumnis	210
6. Bearbeitungswiedervorlage für Eilantrag	211
7. Ablauf der Aufenthaltserlaubnis	211
8. Minderjährige Ausländer	212
9. Vollmacht	212
10. Beratungshilfe/Prozesskostenhilfe	212
11. Anwaltsgebühren/Kosten	212
12. Persönliche Daten	213
13. Sachverhaltsaufnahme	213
14. Staatsangehörigkeit	213
15. Aktenvermerk	214
16. Akteneinsicht	214
17. Strafbarkeiten	214
18. Weitere Informationsbeschaffung	214
19. Prüfung des Ausweisungsbescheids	215

III. Muster	215
1. Stellungnahme zum Anhörungsschreiben bei beabsichtigter Ausweisung zu Beispiel 1	215
a) Muster: Stellungnahme zum Anhörungsschreiben bei beabsichtigter Ausweisung zu Beispiel 1	215
b) Erläuterungen zum Muster: Stellungnahme zum Anhörungsschreiben bei beabsichtigter Ausweisung	216
2. Widerspruch gegen Ausweisungsverfügung	216
a) Muster: Widerspruch gegen Ausweisungsverfügung	216
b) Erläuterungen zum Muster: Widerspruch gegen Ausweisungsverfügung	217
aa) Örtliche Zuständigkeit	217
bb) Einlegung des Widerspruchs	217
cc) Familienangehörige als Rechtsmittelführer	218
dd) Kostenentscheidung	219
ee) Verlängerungsantrag	219
ff) Begründung des Widerspruchs	219
gg) Begründung bei vorläufigem Rechtsschutzantrag	219
3. Verfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO in Ausweisungssachen	219
a) Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Sofortvollzugsanordnung im Ausweisungsbescheid zu Beispiel 2	219
aa) Muster: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Sofortvollzugsanordnung im Ausweisungsbescheid	219
bb) Erläuterungen zum Muster: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Sofortvollzugsanordnung im Ausweisungsbescheid	220
(1) Rechtliche Grundlagen	220
(2) Aussetzungsantrag an Behörde	222
(3) Örtliche Zuständigkeit des Gerichts	222
(4) Antragsgegner	222
(5) Vollmacht	222
(6) Aufschiebenden Wirkung	223
(7) Hilfsantrag nach § 123 VwGO	223
(8) Antrag nach § 123 VwGO	223
(9) Hängebeschluss und Stillhalteabkommen	224
(10) Prozesskostenhilfe	224
(11) Antragsbegründung	224
b) Muster: Begründung des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Sofortvollzugsanordnung im Ausweisungsbescheid zu Beispiel 2	225
4. Feststellungsantrag analog § 80 Abs. 5 VwGO bei drohender Vollziehung des Ausweisungsbescheides trotz aufschiebender Wirkung des Rechtsmittels – Variante zu Muster 3. a) aa)	228
a) Feststellungsantrag analog § 80 Abs. 5 VwGO bei drohender Vollziehung des Ausweisungsbescheides	228
aa) Muster: Feststellungsantrag analog § 80 Abs. 5 VwGO bei drohender Vollziehung des Ausweisungsbescheides	228
bb) Erläuterungen zum Muster: Feststellungsantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO bei drohender Vollziehung des Ausweisungsbescheides	228
b) Muster: Begründung des Feststellungsantrag analog § 80 Abs. 5 VwGO bei drohender Vollziehung des Ausweisungsbescheides zu Beispiel 3	228
5. Beschwerde gegen Beschluss nach § 80 Abs. 5 VwGO in Ausweisungssachen	229
a) Einlegung Beschwerde gegen Beschluss nach § 80 Abs. 5 VwGO in Ausweisungssachen	229
aa) Muster: Einlegung Beschwerde gegen Beschluss nach § 80 Abs. 5 VwGO in Ausweisungssachen	229

bb)	Erläuterungen zum Muster: Einlegung Beschwerde gegen Beschluss nach § 80 Abs. 5 VwGO in Ausweisungssachen	229
(1)	Rechtliche Grundlagen	229
(2)	Vorläufige Anordnung	230
b)	Muster: Begründung der Beschwerde gegen Beschluss nach § 80 Abs. 5 VwGO in Ausweisungssachen zu Beispiel 2	230
6.	Abänderungsantrag nach § 80 Abs. 7 Satz 2 VwGO in Ausweisungssachen zu Beispiel 2	231
a)	Muster: Abänderungsantrag nach § 80 Abs. 7 Satz 2 VwGO in Ausweisungssachen	231
b)	Erläuterungen zum Muster: Abänderungsantrag nach § 80 Abs. 7 VwGO in Ausweisungssachen	232
7.	Klage gegen Ausweisungsbescheid	232
a)	Klageantrag gegen Ausweisungsbescheid	232
aa)	Muster: Klageantrag gegen Ausweisungsbescheid	232
bb)	Erläuterungen zum Muster: Klage gegen Ausweisungsbescheid	233
(1)	Örtliche Zuständigkeit	233
(2)	Richtiger Beklagter	233
(3)	Streitwert	233
(4)	Verlängerung Aufenthaltserlaubnis	234
(5)	Kostenerstattung	234
(6)	Sitzungsprotokoll	234
(7)	Anlagen zur Klage	234
b)	Muster: Begründung der Klage gegen Ausweisungsbescheid zu Beispiel 4	234
8.	Rechtsmittel gegen verwaltungsgerichtliches Urteil in Ausweisungssachen ...	239
a)	Antrag auf Zulassung der Berufung gegen Urteil des VG in Ausweisungssachen	239
aa)	Muster: Antrag auf Zulassung der Berufung gegen Urteil des VG in Ausweisungssachen	239
bb)	Erläuterungen zum Muster: Antrag auf Zulassung der Berufung gegen Urteil des VG in Ausweisungssachen	240
(1)	Rechtliche Grundlagen	240
(2)	Aufschiebende Wirkung	240
b)	Muster: Begründung des Antrags auf Zulassung der Berufung in Ausweisungssachen zu Beispiel 5	241
c)	Begründung der Berufung in Ausweisungssachen nach Zulassung durch OVG	244
aa)	Muster: Begründung der Berufung in Ausweisungssachen nach Zulassung durch OVG	244
bb)	Erläuterungen zum Muster: Begründung der Berufung in Ausweisungssachen nach Zulassung durch OVG	244
(1)	Rechtliche Grundlagen	244
(2)	Kosten Vorverfahren	244
(3)	Begründung bei Divergenz	245
9.	Beschwerde gegen Nichtzulassung der Revision durch OVG in Ausweisungssachen	245
a)	Einlegung der Beschwerde in Ausweisungssachen gegen Nichtzulassung der Revision	245
aa)	Muster: Einlegung der Beschwerde in Ausweisungssachen gegen Nichtzulassung der Revision	245
bb)	Erläuterungen zum Muster: Beschwerde gegen Nichtzulassung der Revision durch OVG in Ausweisungssachen	245

b) Muster: Begründung Beschwerde gegen Nichtzulassung der Revision in Ausweisungssachen zu Beispiel 6	246
10. Widerspruchsbegründung und Vergleich mit Ausländerbehörde	247
a) Muster: Widerspruchsbegründung und Vergleichsangebot in Ausweisungssachen zu Beispiel 7	247
b) Muster: Vergleich mit Ausländerbehörde in Ausweisungssachen	248
c) Erläuterungen zu Mustern: Widerspruchsbegründung und Vergleichsangebot und Vergleich in Ausweisungssachen	249
11. Vergütungsvereinbarung in Ausweisungssachen	250
a) Muster: Vergütungsvereinbarung in Ausweisungssachen	250
b) Erläuterungen zum Muster: Vergütungsvereinbarung in Ausweisungssachen	251
aa) Notwendigkeit einer Vergütungsvereinbarung	251
bb) Erfolgshonorar	251
cc) Leistungsortvereinbarung	252
dd) Ausschluss § 628 Abs. 1 BGB	252
ee) Beratungs- und Prozesskostenhilfe	252
IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen	253
1. Zustellungsdatum	253
2. Wiedereinsetzung	253
3. Widerspruch	253
4. Stoppantrag/Eilantrag/Stillhaltezusage	253
5. Rechtsschutzbedürfnis	254
6. Ablauf der Aufenthaltserlaubnis	254
7. Richtiger Beklagter	254
8. Familienmitglieder/Staatsangehörigkeit	255
9. Neue Tatsachen	255
10. Gerichtliche Eingangsbestätigung	255
V. Weiterführende Hinweise	255
1. Gesetzliche Grundlagen	255
2. Rechtliche Folgen der Ausweisung	256
3. Ist-, Regel-, Ermessensausweisung	256
4. Ermessensausweisung	257
5. Ermessensfehler	257
6. Nachschieben von Ermessenserwägungen	257
7. Regelausweisung	258
8. Ist-Ausweisung	258
9. Besonderer Ausweisungsschutz	258
10. Generalpräventive Ausweisung	259
11. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	259
12. Wirksamkeit des Ausweisungsbescheids	259
13. Schengener Informationssystem	260
14. Änderungen durch Richtlinienumsetzungsgesetz	260
15. Anwaltsgebühren	260
16. Streitwerte	261
17. Leitsätze zu aktuellen und wichtigen Ausweisungsentscheidungen	261
B. Verlust des Freizügigkeitsrecht bei Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen	262
I. Sachverhalt/Lebenslage	262
II. Prüfungsreihenfolge	263
1. Erstes Beratungsgespräch	263
2. Bearbeitungswiedervorlage für Eilantrag	263
3. Weitere Änderungen aufgrund Richtlinienumsetzungsgesetz	264
4. Minderjährigkeit	264

5. Belehrung über strafrechtliche Folgen	264
6. Vergleich mit Ausländerbehörde	265
III. Muster	265
1. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO bei Feststellung des Verlusts des EU-Freizügigkeitsrechts zum Beispiel 1	265
a) Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO bei Feststellung des Verlusts des EU-Freizügigkeitsrechts ..	265
b) Erläuterungen zum Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO bei Feststellung des Verlusts des EU-Freizügigkeitsrechts	267
2. Klage gegen Bescheid über Verlust des EU-Freizügigkeitsrechts	267
a) Muster: Klage gegen Bescheid über Verlust des EU-Freizügigkeitsrechts	267
b) Erläuterungen zum Muster: Klage gegen Feststellungsbescheid über Verlust des EU-Freizügigkeitsrechts	268
3. Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO im Verlustfeststellungsverfahren	268
a) Muster: Antragsschrift nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Feststellungsbescheid über Verlust des EU-Freizügigkeitsrechts	268
b) Begründung des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Feststellung des Verlustes des Freizügigkeitsrechts zu Beispiel 2	269
aa) Muster: Begründung des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Feststellung des Verlustes des Freizügigkeitsrechts	269
bb) Erläuterungen zum Muster: Antragsschrift nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Feststellungsbescheid über Verlust des EU-Freizügigkeitsrechts	271
(1) Rechtliche Grundlagen	271
(2) Ausweisungsschutz der Freizügigkeits-RL	272
(3) Prozesskostenhilfe	273
IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen	273
V. Weiterführende Hinweise	273
1. Anwendbarkeit des FreizügG/EU	273
2. Ziel des Rechtsmittels	274
3. Vier-Augen-Prinzip	274
4. Rechtliche Folgen der Verlustfeststellung	274
5. Anwendbarkeit des AufenthG nach Verlustfeststellung?	274
6. Fehlerhafte Ausweisungsbescheide nach AuslG	274
7. Ausweisung von Unionsbürgern in der Praxis	275
8. Aktuelle Gesetzesfassung aufgrund Richtlinienumsetzungsgesetz	275
C. Besonderer Ausweisungsschutz für türkische Arbeitnehmer nach dem ARB 1/80	276
I. Sachverhalt/Lebenslage	276
II. Prüfungsreihenfolge	277
III. Muster	277
1. Muster: Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen Sofortvollzugsanordnung in Ausweisungsbescheid gegen türkischen ARB-Berechtigten zu Beispiel 1	277
2. Muster: Klagebegründung in Ausweisungssachen gegen türkischen ARB-Berechtigten zu Beispiel 2	281
IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen	284
V. Weiterführende Hinweise	284
1. Keine Anwendung des FreizügG/EU	284
2. Fehlerhafte Ausweisungsbescheide nach AuslG	284
3. Wiederaufgreifensantrag	284
4. „Ehrenmord“-Fälle	285

§ 6 Befristung 286

A. Befristung Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 AufenthG 286

 I. Sachverhalt/Lebenslage 286

 II. Prüfungsreihenfolge 287

 1. Vorbesprechung 287

 2. Staatsangehörigkeit 287

 3. Folgen von Ausweisung und Abschiebung 287

 4. Rechtsmittel gegen Ausweisungsbescheid? 287

 5. Gründe für Befristung 288

 6. Länge der Sperrfrist 288

 7. Drohende Kosten 290

 8. Persönliche Daten 290

 9. Inhaftierung nach Rückkehr? 291

 10. Betretenserlaubnis statt Befristung? 291

 11. Minderjährige/Jugendliche 291

 12. Vollmacht 292

 13. Zuständige Ausländerbehörde 292

 14. Anwaltsgebühren 292

 III. Muster 293

 1. Befristungsantrag an Ausländerbehörde zu Beispiel 1 293

 a) Muster: Befristungsantrag an Ausländerbehörde zu Beispiel 1 293

 b) Erläuterungen zum Muster: Befristungsantrag an Ausländerbehörde 294

 2. Widerspruch gegen Befristungsentscheidung und Vergleichsangebot an Ausländerbehörde zu Beispiel 2 295

 a) Muster: Widerspruch gegen Befristungsentscheidung und Vergleichsangebot an Ausländerbehörde zu Beispiel 2 295

 b) Erläuterungen zum Muster: Widerspruch gegen Befristungsentscheidung und Vergleichsangebot an Ausländerbehörde . 296

 3. Muster: Widerspruch gegen Befristungsentscheidung zu Beispiel 3 296

 4. Vergleich mit Ausländerbehörde über Befristung zu Beispiel 4 297

 a) Muster: Vergleich mit Ausländerbehörde über Befristung zu Beispiel 4 . 297

 b) Erläuterungen zum Muster: Vergleich mit Ausländerbehörde 298

 IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen 298

 V. Weiterführende Hinweise 299

 1. Prüfungsumfang 299

 2. Trennung von Familienangehörigen 299

B. Befristung Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 7 Abs. 2 Satz 2 FreizügG/EU bei Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen 300

 I. Sachverhalt/Lebenslage 300

 II. Prüfungsreihenfolge 300

 III. Muster 301

 1. Muster: Antrag auf Befristung an die Ausländerbehörde zu Beispiel 1 301

 2. Klage gegen Befristungsentscheidung 301

 a) Muster: Klageantrag gegen Befristungsbescheid zu Beispiel 2 301

 b) Muster: Klagebegründung gegen Befristungsbescheid zu Beispiel 2 302

 c) Erläuterungen zu Muster: Klageantrag und Klagebegründung gegen Befristungsbescheid 304

 aa) Formale Voraussetzungen 304

 bb) Bestandskräftige Ausweisungsbescheide 304

 cc) Honorarfragen 304

 dd) Anlagen 305

 ee) Protokoll 305

 IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen 305

V.	Weiterführende Hinweise	305
1.	Antragserfordernis bei Unionsbürgern und Familienangehörigen	305
2.	Kein Ausreiseerfordernis	306
3.	Inländerdiskriminierung	306
4.	Strafbarkeiten	306
5.	Aktueller Gesetzestext	306
Teil 2 Einbürgerungsrecht		307
§ 7	Rechtsanspruch (§ 10 StAG)	307
A.	Anrechnungsfähige Aufenthaltszeiten (§ 10 Abs. 1 Satz 1 StAG)	307
I.	Sachverhalt/Lebenslage	307
II.	Prüfungsreihenfolge	307
1.	Verfahrensstadium	307
2.	Anspruchsvoraussetzung des achtjährigen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts	307
a)	Rechtmäßiger Aufenthalt	308
b)	Gewöhnlicher Aufenthalt	309
c)	„Abdeckung“	309
d)	Prüfung der einzelnen Aufenthaltsabschnitte	310
3.	Qualifizierter Aufenthaltstitel	310
4.	Bindungswirkung der VAH-StAG	311
5.	Besondere Beratungshinweise	311
III.	Muster: Stellungnahme an die Einbürgerungsbehörde	312
IV.	Fehlerquellen/Haftungsfallen	313
1.	Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit	313
2.	Prüfung der Aufenthaltsgrundlagen	313
3.	Ermessenseinbürgerung	313
V.	Weiterführende Hinweise	313
1.	Handlungsfähigkeit und gesetzliche Vertretung	313
2.	Zum Einbürgerungsverfahren	314
3.	Entscheidungserheblicher Zeitpunkt	315
4.	Anspruch und Ermessen	315
5.	Problemfälle des rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts	315
a)	Aufenthaltsgestaltung	315
b)	Duldung	316
c)	Fiktionswirkung	316
d)	Aufenthaltsbewilligungen nach dem AuslG	316
e)	Studierende	316
f)	Kinder	317
6.	Unterbrechungen des Aufenthalts	317
a)	Auslandsaufenthalte	317
b)	Verspäteter Antrag auf Erteilung bzw Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	317
7.	Ungültigkeit des Passes	317
8.	Verkürzung der 8-Jahres-Frist	318
9.	Weitere Anwendungen	318
a)	Ermessenseinbürgerung gemäß § 8 StAG	318
b)	Einbürgerung von Ehegatten Deutscher gemäß § 9 StAG	318
c)	Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	318
B.	Sprachkenntnisse (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 StAG)	318
I.	Sachverhalt/Lebenslage	318
II.	Prüfungsreihenfolge	319
1.	Verfahrensstadium	319

2. Grundsatz: ausreichende Sprachkenntnisse sind Anspruchsvoraussetzung ...	319
3. Präzisierung der Anforderungen	319
a) Gesetzliche Regelung	319
b) Vermittelte Kenntnisse	320
c) Prüfungsanforderungen	320
d) Vorbereitungsaufwand	320
e) Nachweis	320
4. Minderjährige	321
5. Ausnahmen	322
6. Gerichtliche Überprüfung	322
7. Entscheidungserheblicher Zeitpunkt	322
8. Altanträge	323
9. Mandantengespräch	323
10. Besondere Beratungshinweise	323
III. Muster: Widerspruchsschreiben an die Einbürgerungsbehörde	323
IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen	325
1. Rechtsmittel	325
2. Verfahrensziel	325
3. Mandant nicht statisch sehen	326
V. Weiterführende Hinweise	326
Altfälle	326
a) „Ausreichende Kenntnisse“ unbestimmter Rechtsbegriff	326
b) Anforderungen	326
c) Ausnahmen	327
d) Darlegungs- und Beweislast	327
e) Entscheidungserheblicher Zeitpunkt	328
C. Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung	
(§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StAG)	328
I. Sachverhalt/Lebenslage	328
II. Prüfungsreihenfolge	328
1. Verfahrensstadium	328
2. Grundsätzliches zu den staatsbürgerlichen Einbürgerungsvoraussetzungen .	329
3. Bekenntnis und Loyalitätserklärung	329
4. Verfassungsfeindliche Aktivitäten	330
5. Abwendung von den inkriminierten Bestrebungen	332
6. Erkenntnisquellen	332
7. Kein Ermessen	333
8. § 11 S. 1 Nr. 2 StAG	333
9. Besondere Beratungshinweise	333
III. Muster: Klage auf Verpflichtung zur Erteilung einer Einbürgerungszusicherung	333
IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen	335
1. Rechtsmittel	335
2. Mandantengespräch	335
V. Weiterführende Hinweise	336
1. Bekenntnis und Loyalitätserklärung nur formales Kriterium?	336
2. Zugehörigkeit zu Organisationen	337
D. Einbürgerungszusicherung/nachträgliche einbürgerungsschädliche Entwicklungen	
(Lebensunterhalt)	337
I. Sachverhalt/Lebenslage	337
II. Prüfungsreihenfolge	338
1. Verfahrensstadium	338
2. Rechtsnatur der Einbürgerungszusicherung	338
3. Bindungswirkung der Einbürgerungszusicherung	338
4. Rechtsmittel	339

5. Sicherung des Lebensunterhalts gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 StAG	339
6. Mandantengespräch	339
7. Besondere Beratungshinweise	339
III. Muster: Klage auf feststellung des Bestandes der Einbürgerungszusicherung	340
IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen	341
1. Rechtsmittel	341
2. Leistungsbezug	341
V. Weiterführende Hinweise	341
1. Grundsicherung für Arbeitssuchende und Sozialhilfe	341
2. Hilfe zum Lebensunterhalt	341
3. Tatsächliche Inanspruchnahme	342
4. Dauer der Sicherung	342
5. Vertreten müssen	342
6. Junge Menschen	343
E. Mehrstaatigkeit/Entlassungsverfahren (§§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4, 12 StAG)/ Verurteilung (§§ 10 Abs.1 S. 1 Nr. 5, 12a StAG)	343
I. Sachverhalt/Lebenslage	343
II. Prüfungsreihenfolge	344
1. Verfahrensstadium	344
2. Beratungssituation	344
3. Grundsatz: keine Mehrstaatigkeit	344
4. Ausnahmen	345
a) „Rechtliche Unmöglichkeit“	345
b) „Faktische Unmöglichkeit“	345
c) Die Möglichkeiten des § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StAG	346
aa) 1. Alternative	346
bb) 2. Alternative	347
cc) 3. Alternative	347
d) Besitz eines Internationalen Reiseausweises	347
ee) Mehrstaatigkeit für Kosovoalbaner?	348
e) Untätigkeitsklage?	348
f) Streitwert	348
g) Straftaten	348
5. Besondere Beratungshinweise	349
III. Muster: Schreiben an Mandanten zur Einbürgerung albanischer Volkszugehöriger aus dem Kosovo	350
IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen	352
V. Weiterführende Hinweise	353
1. Verlust und Entlassung der Staatsangehörigkeit	353
2. Weitere Ausnahmen von § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 StAG	353
a) § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 Alt. 2 StAG: Gebühren, Wehrdienst u.a.	353
b) Ältere Menschen	354
c) Erhebliche Nachteile	354
d) Staaten der Europäischen Union und die Schweiz	355
e) Völkerrechtlich relevante Verträge	355
F. Miteinzubürgernder Ehegatte und Kinder (§ 10 Abs. 2 StAG)	355
I. Sachverhalt/Lebenslage	355
II. Prüfungsreihenfolge	355
1. Grundsätzliches	355
2. Tatbestandsmerkmale	356
a) Ehe/Kindschaft	356
b) Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 StAG	356
c) Ausschlussgründe	357
d) „Mit“-einbürgerung	357

- 3. Ermessen 357
 - a) Ehe/Kindschaft 357
 - b) Aufenthaltsdauer 358
 - c) Sprachkenntnisse bei Altfällen 358
 - d) Sicherheitsbedenken in Altfällen 359
 - e) Soziale Integration 359
- III. Muster: Klage auf Verpflichtung zur Miteinbürgerung 359
- IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen 361
 - 1. Klagegegner 361
 - 2. Verpflichtungs- oder Bescheidungsklage? 361
- V. Weiterführende Hinweise 361
 - 1. Einbürgerung nach der Scheidung 361
 - 2. Anspruch des originär Berechtigten 362
 - 3. Unterhaltssicherung 362
 - 4. Jugendliche über 16 Jahre 362
 - 5. Miteinbürgerung bei § 8 und 9 StAG 362
- § 8 Ermessenseinbürgerung und Erwerb der Staatsangehörigkeit nach ius soli 364**
 - A. Ermessenseinbürgerung (§ 8, § 9 StAG) 364**
 - I. Anrechnungsfähige Aufenthaltszeiten 364**
 - 1. Sachverhalt/Lebenslage 364
 - 2. Prüfungsreihenfolge 364
 - a) Verfahrensstadium 364
 - b) Tatbestandsmerkmale des § 8 StAG 365
 - c) Ermessen 365
 - aa) Grundsätzliches 365
 - bb) Anspruch auf fehlerfreie Ermessensausübung 366
 - cc) Gerichtliche Kontrolle 366
 - d) Ermessensleitlinie: rechtmäßiger Aufenthalt seit acht Jahren 367
 - aa) Nur rechtmäßig, nicht gewöhnlich? 367
 - bb) Kürzerer Aufenthalt 367
 - cc) Unterbrechungen 367
 - e) Besondere Beratungshinweise 368
 - 3. Muster: Schreiben an die Einbürgerungsbehörde 368
 - 4. Fehlerquellen/Haftungsfallen 370
 - a) Anspruchseinbürgerung? 370
 - b) Ausländerrechtlichen Status 370
 - c) Akteneinsicht 371
 - 5. Weiterführende Hinweise 371
 - a) Handlungsfähigkeit und gesetzliche Vertretung 371
 - b) Straftaten 371
 - c) Wohnung oder Unterkommen 371
 - d) Unterhaltsfähigkeit 372
 - II. Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse: Sprachkenntnisse 373**
 - 1. Sachverhalt/Lebenslage 373
 - 2. Checkliste 373
 - a) Verfahrensstadium 373
 - b) Ermessensleitlinie Sprachkenntnisse 373
 - c) Bedeutung der Sprachkenntnisse 374
 - d) Anforderungen 374
 - e) Einzelfallbetrachtung 375
 - f) Nachweis 375
 - g) Bewertung der Sprachkenntnisse 376

h) Gerichtliche Überprüfung	376
i) Mandantengespräch	376
j) Besondere Beratungshinweise	376
3. Muster: Widerspruch gegen eine Ablehnung der Einbürgerung mangels hinreichender Sprachkenntnisse im Ermessenswege	377
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	378
a) Rechtsmittel	378
b) Distanz zum Mandanten	378
5. Weiterführende Hinweise	378
III. Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung	379
1. Sachverhalt/Lebenslage	379
2. Prüfungsreihenfolge	379
a) Verfahrensstadium	379
b) Staatsbürgerliche Voraussetzungen	379
c) Regelanfrage	380
d) Entscheidungsrelevanter Zeitpunkt	380
e) Gerichtliche Überprüfbarkeit	380
f) Besondere Beratungshinweise	380
3. Muster: Klage auf Verpflichtung zur Neubescheidung	381
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	385
a) Mandantengespräch	385
b) Umgang mit Behörden und Gerichten	385
5. Weiterführende Hinweise	385
IV. Deutschverheiratete Einbürgerungsbewerber (§ 9 StAG)/Miteinbürgerung eines Kindes (§ 8 StAG)	386
1. Sachverhalt/Lebenslage	386
2. Checkliste	387
a) Grundsätzliches	387
aa) Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 StAG	387
bb) Systematik	387
cc) Prüfungsschema	387
b) Frist	388
c) Antrag und Nachweis	388
d) Tatbestandsmerkmale des § 8 StAG	388
aa) Erforderlicher Aufenthaltsstatus	388
bb) Handlungsfähigkeit und gesetzliche Vertretung	388
cc) Keine relevanten Sanktionen	389
dd) Wohnung	389
ee) Finanzierung	389
e) Tatbestandsmerkmale des § 9 StAG	389
aa) Ehe-/Lebenspartnerschaft mit einem Deutschen	389
bb) Vermeidung von Mehrstaatigkeit	389
cc) Gewährleistung der Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse	390
(1) Inlandsaufenthalt und Dauer der ehelichen Lebensgemeinschaft	390
(2) Sprachkenntnisse	390
(3) staatsbürgerliche Voraussetzungen	391
f) Ermessen	391
g) Miteinzubürgernde Kinder	391
h) Besondere Beratungshinweise	392
3. Muster: Einbürgerungsantrag	392
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	393
a) Antragsfrist	393

b) Eheschließung	393
c) Staatsangehörigkeit der Beteiligten	394
d) Zeitliche Vorgaben	394
e) Einkommenssituation	394
5. Weiterführende Hinweise	394
a) Bestand der Ehe	394
b) Vermeidung von Mehrstaatigkeit	394
c) Kind	395
d) Personensorge	395
e) Aufenthaltsdauer	395
aa) Verkürzung	395
bb) Unterbrechungen	395
f) Tod des (deutschen) Ehegatten	396
g) Lebenspartner	396
V. Hinnahme von Mehrstaatigkeit	396
1. Sachverhalt/Lebenslage	396
2. Prüfungsreihenfolge	396
a) Verfahrensstadium	396
b) Tatbestandsvoraussetzungen des § 8 StAG	396
c) Ermessenseinbürgerung	397
aa) Vermeidung von Mehrstaatigkeit	397
bb) Sonstiges	397
d) Besondere Beratungshinweise	398
e) Muster: Widerspruch gegen die Ablehnung einer Einbürgerung unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit	398
4. Fehlerquellen/Haftungsfallen	399
a) Rechtsmittel	399
b) Anspruchseinbürgerung?	399
5. Weiterführende Hinweise	399
a) Rechtliche und faktische Unmöglichkeit der Entlassung	399
b) Politisch Verfolgte	400
c) Herausragendes öffentliches Interesse	400
d) Staaten der Europäischen Union und die Schweiz	400
e) Vorübergehende Hinnahme von Mehrstaatigkeit	400
B. Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt (§ 4 Abs. 3 Satz 1 StAG)	401
I. Sachverhalt/Lebenslage	401
II. Prüfungsreihenfolge	401
1. Verfahrenslage	401
2. Geburt	401
3. Abstammung	401
4. Rechtmäßiger und gewöhnlicher Aufenthalt	402
5. Aufenthaltstitel des relevanten Elternteils	402
6. Besondere Beratungshinweise	402
III. Muster: Antrag auf Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit	402
IV. Fehlerquellen/Haftungsfallen	403
1. Zuständige Behörde	403
2. Aufenthaltszeiten	403
3. Erklärung nach § 29 StAG	403
4. Verbindlichkeit	403
V. Weiterführende Hinweise	403
1. Keine Bindungswirkung des Hinweises zur Staatsangehörigkeit	403
2. Neues Verfahren nach § 30 StAG nF	403
3. Vaterschaft	404
a) Vorgetäuschte Vaterschaft	404

b) Vaterschaftsanfechtung	405
d) Unterbrechung des Aufenthalts	405
e) Wahl der Staatsangehörigkeit bei Volljährigkeit	405
Teil 3 Asylrecht	407
§ 9 Antrag auf Asyl (§ 13 AsylVfG)	407
A. Sachverhalt/Lebenslage	407
B. Prüfungsreihenfolge	407
I. Erste Beratung des Mandanten	407
II. Akte anlegen	408
III. Vorschuss	409
IV. Vorbereitung der Asylbegründung	409
V. Vorbereitung der persönlichen Anhörung (§ 25 AsylVfG)	410
1. Klärung der anwaltlichen Begleitung zur Anhörung	410
2. Ausübung des anwaltlichen Fragerechts	411
3. Test auf die Glaubhaftigkeit, nicht auf die Glaubwürdigkeit	412
4. Belehrung des Mandanten über die verfahrensrechtliche Fürsorgepflicht des Bundesamtes	412
5. Vorbereitung des Mandanten auf behördliche Ermittlungsdefizite	413
6. Empfehlungen an den Mandanten für seinen Vortrag während der persönlichen Anhörung	414
C. Muster	415
I. Antrag	415
II. Begründung des Antrags	416
1. Muster:Begründung des Antrags	416
2. Erläuterungen	418
a) Allgemeine Hinweise	418
b) Wie gestaltete sich die Beziehung des Mandanten zur PKK/Kadek/Kongra Gel im Einzelnen?	420
c) Woher hat der Mandant das Wissen, dass er durch einen Nachbarn bei den Dorfschützern denunziert worden ist?	421
d) Welche Fragen wurden an den Mandanten auf dem dörflichen Karakol gerichtet, welchen Foltermaßnahmen wurde er ausgesetzt?	422
e) Wie war die Behandlung des Mandanten nach der Entlassung aus dem Karakol und der Suche nach ihm?	423
f) Woher hat A. Wissen über die Denunziation des Überläufers?	424
g) Kann der Nachweis der Einreise auf dem Luftwege geführt werden?	425
D. Fehlerquellen/Haftungsfallen	427
E. Weiterführende Hinweise	427
I. Zum Inhalt und zur Reichweite der asylverfahrensrechtlichen Meldepflicht	427
II. Flughafenverfahren (§ 18a AsylVfG)	429
III. Verteilungsverfahren	431
IV. Verfahrensrechtliche Funktion des Verfolgungsvorbringens	433
V. Zusammenhangsklausel (Art. 9 Abs. 3 RL 2004/83/EG)	437
§ 10 Klage und Eilrechtsschutzantrag wegen Asylanerkennung, Flüchtlingsstatus und subsidiärer Schutz	440
A. Sachverhalt/Lebenslage	440
B. Prüfungsreihenfolge	440
I. Prüfung der Rechtsmittelfristen	440
1. Prüfungs- und Hinweispflichten	440
2. Im Zweifel sofortige Einlegung der erforderlichen Rechtsmittel	441

3. Klage- und Antragsfristen im Asylverfahren	441
4. Besondere anwaltliche Ermittlungspflichten	442
5. Fristnotierungen	442
II. Klageeinreichung und Stellung des Eilrechtsschutzantrags	443
1. Örtlich zuständiges Verwaltungsgericht	443
2. Verweisungsantrag	444
3. Vollmachtsvorlage	445
a) Keine Wirksamkeitsvoraussetzung	445
b) Gerichtliche Hinweispflicht	446
c) Formelle Erfordernisse	447
d) Blankovollmacht	447
III. Formelle Erfordernisse der Klageeinreichung und Antragstellung	448
1. Erfordernis der Schriftlichkeit der Rechtsmitteleinlegung	448
2. Bezeichnung des Klagegegenstandes	449
3. Bezeichnung der ladungsfähigen Anschrift des Klägers	450
IV. Begründungsfrist	451
1. Eilrechtsschutzantrag	451
2. Klage	453
a) Monatsfrist (§ 74 Abs. 2 Satz 1 AsylvfG)	453
b) Differenzierung zwischen subjektiven Erlebnissen und allgemeinen Verhältnissen	453
c) Spagat zwischen Detailgenauigkeit und Vermeidung verspäteten Vorbringens	454
d) Vorbereitung von Beweisanträgen in der Klagebegründung	455
e) Rechtsausführungen sind fristungebunden	455
f) Prozessleitende Verfügung nach § 87b Abs. 2 VwGO	456
C. Muster	458
I. Muster: Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	458
II. Begründung des Klage- und Eilrechtsschutzantrags	459
1. Muster: Begründung des Klage- und Eilrechtsschutzantrags	459
D. Fehlerquellen/Haftungsfallen	460
I. Erhöhte anwaltliche Sorgfaltspflicht bei telefonischer Kontaktabbahnung	460
II. Besonders sorgfältige Überprüfung des Zustellungsdatums	461
III. Anwaltliche Sorgfaltspflichten bei der Diktatausführung und Ausgangskontrolle	461
IV. Überflüssige Anträge	462
V. Bei qualifizierter Antragsablehnung stets Klage und Eilrechtsschutz binnen Wochenfrist	463
VI. Wenn Verlängerung der Begründungsfrist offen, stets Eilrechtsschutzantrag binnen Wochenfrist begründen	463
VII. Überprüfung der gerichtlichen Eingangsverfügung	464
E. Weiterführende Hinweise	464
I. Erläuterungen zum Muster Klageerhebung und Eilrechtsschutzantrag	464
1. Formelle Anforderungen	464
2. Klageantrag	465
3. Zum hilfsweisen Klageantrag	465
4. Zum Eilrechtsschutzantrag	468
II. Erläuterungen zur Begründung der Klage wie des Eilrechtsschutzantrags	468
1. Umfassender Begründungsaufwand in Ansehung individueller Aktivitäten und Verfolgungen	468
2. Asylausschlussgrund Art. 1 F GFK	468
3. Asylausschlussgrund Art. 1 F Buchs. b) GFK	468
4. Mitgliedschaft in gewaltbefürwortenden oder – anwendenden Organisationen	469

5. Prüfung von Abschiebungshindernissen nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG (subsidiärer Schutz)	471
III. Bedenken gegen die Behandlung von Art. 1 F und Art. 33 Abs. 2 GFK in Schnellverfahren	472
IV. Voraussetzungen des Art. 33 Abs. 2 GFK (§ 60 Abs. 8 Satz 1 AufenthG)	474
§ 11 Klage und Eilrechtsschutzantrag wegen Nichtdurchführung eines weiteren Asylverfahrens (Asylfolgeantrag nach § 71 AsylVfG)	476
A. Sachverhalt/Lebenslage	476
B. Prüfungsreihenfolge	476
I. Prüfung der Rechtsmittelfristen	476
II. Klageeinreichung und Stellung des Eilrechtsschutzantrags	477
1. Örtlich zuständiges Verwaltungsgericht	477
2. Eilrechtsschutzantrag	478
3. Hinweis auf Mitwirkungspflichten bei der Passbeschaffung	479
a) Umfang der Passbeschaffungspflicht	479
b) Maßgebende Rechtsgrundlage	480
c) Praxis der iranischen Auslandsvertretungen	480
d) Bandbreite behördlicher Sanktionsmechanismen	481
e) Risiko der strafrechtlich relevanten anwaltlichen Beratung	482
4. Formelle Erfordernisse der Klageeinreichung und Antragstellung	482
a) Erfordernis der Schriftlichkeit der Rechtsmitteleinlegung	482
b) Bezeichnung des Klagegegenstandes	483
c) Bezeichnung der ladungsfähigen Anschrift des Klägers	483
5. Begründungsfrist	483
C. Muster einschließlich Begründung/Argumentationsmuster	484
I. Klageantrag	484
1. Muster: Klageantrag wegen Flüchtlings- und subsidiärem Schutz	484
2. Muster: Begründung der Klage auf Verpflichtung zur Gewährung von Flüchtlings- und subsidiärem Schutz	484
3. Muster: Eilrechtsschutzantrag	486
4. Begründung des Eilrechtsschutzantrags	486
D. Fehlerquellen/Haftungsfallen	487
I. Persönliche Vorsprache bei der zuständigen Außenstelle	487
II. Besondere Begründungspflicht zur zwischenzeitlichen Ausreise	488
III. Kein Folgeantrag anstelle des Abänderungsantrags	489
E. Weiterführende Hinweise	489
I. Erläuterungen zum Muster Klageantrag	489
II. Erläuterungen zur Klagebegründung	491
1. Zuständigkeitsfragen	491
2. Antragsfrist (§ 51 Abs. 3 VwVfG)	492
3. Schlüssigkeit des Sachvorbringens	494
4. Bisherige deutsche Rechtsprechung zur Frage der religiösen Verfolgung	496
5. Erheblichkeit der öffentlichen Glaubenspraxis nach Art. 10 Abs. 1 Buchst. b) RL 2004/83/EG	498
6. Bedeutung zukünftigen individuellen Verhaltens bei der Verfolgungsprognose	499
7. Glaubensübertritt im Asylfolgeantragsverfahren	500
8. Wegfall des konventionsrechtlichen Schutzes im Asylfolgeantragsverfahren (§ 28 Abs. 2 AsylVfG)	501
9. Gemeinschaftsrechtliche Funktion des Kontinuitätsmerkmals	502
10. Funktion von Art. 5 Abs. 3 RL2004/83/EG	504
III. Erläuterungen zum Eilrechtsschutzantrag	506

IV. Zweistufigkeit des Verwaltungsverfahrens beim Folgeantrag	508
V. Neue Beweismittel (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG)	510
1. Begriff des „neuen“ Beweismittels im Sinne von § 51 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG	510
2. Länderspezifische Erkenntnismittel	510
3. Ärztliche Stellungnahmen	512
4. Anforderungen an die Schlüssigkeitsprüfung	513
5. Erhöhte Sorgfalt bei der Prüfung von vorzulegenden Urkunden	514
§ 12 Beweisantrag im Asylprozess	516
A. Sachverhalt/Lebenslage	516
B. Prüfungsreihenfolge	516
I. Fristenprüfung	516
II. Mandatierung	517
III. Vorbereitung mündliche Verhandlung	517
1. Verzicht auf mündliche Verhandlung	519
2. Entscheidung durch Gerichtsbescheid	519
IV. Vorbesprechung mit Mandanten	519
C. Muster	520
1. Antrag auf Akteneinsicht	520
a) Muster: Antrag auf Akteneinsicht	520
b) Erläuterungen zum Muster: Antrag auf Akteneinsicht	520
2. Antrag auf Akteneinsicht und -übersendung	520
a) Muster: Antrag auf Akteneinsicht und -übersendung	520
b) Erläuterungen zum Muster: Antrag auf Akteneinsicht und -übersendung	521
D. Mündliche Verhandlung	523
1. Fragerecht des Prozessbevollmächtigten	524
2. Reichweite des Fragerechts	525
a) Zurückweisung von Fragen	526
b) Funktion des Protokolls	527
c) Antrag auf Protokollierung	528
E. Beweisantrag	528
I. Allgemeines	528
II. Förmliche Antragstellung in der mündlichen Verhandlung	529
III. Keine hilfsweise Antragstellung	530
IV. Inhaltliche Anforderungen an den Beweisantrag	531
1. Substanziierung des Beweisantrags	531
2. Unzulässigkeit des Ausforschungsbeweis und Beweisermittlungsantrag	532
3. Asylspezifische Besonderheiten der Substanziierungspflicht	533
3. Muster: Beweisantrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens	534
V. Fehlerquellen beim Beweisantrag im Asylprozess	535
1. Kurzfristige Vorbereitung des Beweisantrags/Widersprüchlicher Vertrag und Erheblichkeit	535
2. Erkenntnismittelliste	535
3. Verzicht auf mündliche Verhandlung?	535
4. Hilfsweise Antragstellung	536
5. Schriftlicher Beweisantrag, der nicht gestellt wird	536
6. Unterlassene Gegenvorstellung/weitere prozessuale Verteidigungsmöglichkeiten	536

F. Weiterführende Hinweise	537
I. Erläuterungen zum Muster Beweisantrag zur Einholung eines Sachverständigengutachtens	537
1. Darlegung der Tatsachenfrage, über den Beweis erhoben werden soll	537
a) Präzise Formulierung der Beweisfrage	537
b) Beweisantrag erstmalige Einholung eines Sachverständigengutachtens	537
c) Beweisantrag auf Einholung eines weiteren Gutachtens	538
d) Ermessensverdichtung	538
e) Darlegung der veränderten Sachlage	539
f) Darlegung der fehlenden eigenen Sachkunde des Verwaltungsgerichts	539
g) Ordnungsgemäße Einführung der Erkenntnisse und Rügeerfordernis	540
h) Antrag auf Ladung des Sachverständigen	541
G. Echtheitsüberprüfung von Urkunden (§ 96 Abs. 1 S. 2 VwGO, §§ 438 ZPO)	541
I. Anforderungen an Beweisantrag	541
II. Muster: Beweisantrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens zur Echtheitsprüfung einer Urkunde	542
H. Zeugenbeweis (§ 96 Abs. 1 S. 2 VwGO, §§ 373-401 ZPO)	543
I. Funktion des Zeugenbeweis im Asylprozess	543
II. Geeignetheit des Zeugenbeweises	543
III. Vernehmung eines im Ausland lebenden Zeugen	544
IV. Unerreichbarkeit des Zeugen	545
V. Muster: Beweisantrag auf Zeugenvernehmung	545
§ 13 Zulassungsantrag (§ 78 Abs. 4 AsylVfG)	546
A. Gehörsrüge (§ 78 Abs. 3 Nr. 3 AsylVfG in Verbindung mit § 138 Nr. 3 VwGO)	546
I. Sachverhalt/Lebenslage	546
B. Prüfungsreihenfolge	547
I. Form und Frist	547
1. Zulassungsantrag § 78 Abs. 4 AsylVfG	547
2. Frist	547
3. Anwaltszwang	547
4. Antragstellung beim Verwaltungsgericht	548
5. Gehörsrüge	548
6. Voraussetzungen der Gehörsrüge	548
7. Muster: Zulassungsantrag Gehörsrüge	549
C. Fehlerquellen	551
I. Allgemeine Funktion und Fallstricke der Zulassungsrügen	551
II. Rügeverlust	551
III. Unklare Darlegung	551
IV. Fehler bei der Tatsachenfeststellung oder Beweiswürdigung	551
V. Mehrere tragende Gründe	552
D. Weiterführende Hinweise	552
I. Unterschied zwischen § 78 Abs. 3 und § 124 Abs. 2 VwGO	552
II. Nicht ordnungsgemäß eingeführte Erkenntnismittel	552
E. Grundsatzrüge (§ 78 Abs. 3 Nr. 1 AsylVfG)	553
I. Sachverhalt/Lebenslage	554
II. Prüfungsreihenfolge	555
III. Muster: Zulassungsantrag Grundsatzrüge	555
F. Fehlerquellen	561
I. Einzelfallwürdigung statt Grundsatzrüge	561
II. Überholtes, auslaufendes oder ausgelaufenes Recht	561
III. Ist die Grundsatzfrage tragend?	561

G. Weiterführende Hinweise 562

 I. Bezeichnung der Grundsatzfrage 562

 1. Verständlicher Antrag 562

 2. Tatsächliche Grundsatzfragen 562

 3. Darlegung einer Rechtsfrage 563

 4. Darlegung einer Tatsachenfrage 563

 II. Darlegung der Klärungsbedürftigkeit der Grundsatzfrage 564

 1. Widersprüchliche Auskunftslage 564

 III. Darlegung der Verallgemeinerungsfähigkeit der Grundsatzfrage 565

 IV. Darlegung der Entscheidungserheblichkeit 565

 V. Grundsätzliche Bedeutung durch Divergenz 566

Stichwortverzeichnisverzeichnis 567